

NR. 2, JUNI 2025

OSTGRÜN

BULLETIN DER KANTONE SG, TG, GL, GR UND SH



- › **SPARPAKET:** KLIMASCHÄDLICHE UND UNSOZIALE KÜRZUNGEN DROHEN SEITE 5
- › **PFAS-FLEISCH:** GESUNDHEIT BLEIBT AUF DER STRECKE SEITE 7
- › **GREEN DEAL II:** NEUES KLIMA- UND INNOVATIONSGESETZ IN GRAUBÜNDEN SEITE 12



**SCHLUSS MIT DER
HEIRATSSTRAFE**

UNSERE ZUKUNFT: NATÜRLICHE INTELLIGENZ

Generieren Sie einen Naturgarten: Wir beraten Sie gerne.

neubauer

neubauer.ch

...sorgt für Leben im Garten

ZU WARM UNTERM DACH?

CURAU
WWW.CURAU.CH

Mit unserer Dämmung
bleibt die Hitze draussen!

Im Einklang mit der Natur



Guido Leutenegger
www.natur-konkret.ch

Das tier- und naturfreundlichste
Label der Schweiz



COMEDIA

Katharinengasse 20, 9004 St.Gallen
Tel. 071 245 80 08, medien@comedia-sg.ch



Die Genossenschafts-Buchhandlung mit dem
besonderen Angebot und dem guten Service.
Auch für Bibliotheken, Schulen, Institutionen.

www.comedia-sg.ch mit unseren Buch-,
Comic/Manga-, WorldMusic- und Veranstaltungstipps
und dem grossen Medienkatalog mit E-Shop!

umfassendes Tee- & Kräutersortiment

pflanzliche Rohstoffe & Grundnahrungsmittel

transparent & verantwortungsbewusst
plastikfrei oder unverpackt
überwiegend bio & vegan
seit 2000 bio zertifiziert



10 % Kennenlern-Rabatt
mit Code OstGruen

online oder Ladeneinkauf
teewerk.ch Meierhofstr. 14 8274 Tägerwil 071 667 09 03

DEIN INSERAT IM «OSTGRÜN»

Du erreichst 1950 Mitglieder und
Sympathisant*innen der GRÜNEN
in der Ostschweiz.

1/8 Seite Fr. 150.00, bei drei Schaltungen 20%
Rabatt, 10% Mitgliederrabatt.

sekretariat@gruene-sg.ch | sekretariat@gruene-tg.ch

Markus Allemann Naturgärten GmbH



Herzklopfen



Planung, Ausführung und
Unterhalt von Naturgärten

8577 Schönholzerswil
Telefon 071 633 29 84

www.natur-gaerten.ch

ENGAGEMENT FÜR VERÄNDERUNG

Liebe GRÜNE

Wir leben in aufwühlenden und irritierenden Zeiten. Nur schon die Zeitung aufmachen muss gut überlegt sein. Denn was einem entgegenkommt, sollte nicht auf nüchternen Magen konsumiert werden. Ein bald autoritärer Machthaber, der sich mit Militär feiern lässt, Kriege auf dem europäischen Kontinent und ein Gefühl der Macht- und Wirkungslosigkeit.

Und neben alldem redet niemand über den Zusammenhang zwischen Blatten und dem Klimawandel, bei Kanada spricht man nur über den Rauch in der Schweiz und die Hitzetage nimmt man kaum kommentiert hin.

Und da kommt einem die Frage entgegen:

Wo kann ich helfen, verändern, einen Unterschied machen?

Meine Antwort auf diese Frage war früher, engagiere dich. Engagiere dich in deiner Gemeinde, in deinem Kanton, in der Uni oder im Verein. Denn Veränderung passiert von unten, zwischen den Menschen und gemeinsam. Und trotz aller Schwierigkeit auf der Welt würde ich auch heute noch sagen, engagiere dich.

Da kommen wir GRÜNE ins Spiel. In der Zusammenarbeit, in der Sprache und Kultur, in der Freude an der Veränderung. Denn die Veränderung begegnet einem jeden Tag, mal ist sie erfolgreicher, mal weniger. Und doch ist Veränderung der Schlüssel für unsere Zukunft.

Also verbünden wir uns und setzen uns ein für die Wahlen in Graubünden, gegen PFAS im Kanton St.Gallen, für grüne Politik im Kanton Thurgau oder am 5. Juli für die Pride in Glarus.

Liebe GRÜNE, danke, dass es euch gibt, dass ihr euch täglich einsetzt und dass wir gemeinsam gestalten.



Meret Grob
Vizepräsidentin GRÜNE Kanton St.Gallen
Parlamentspräsidentin Wil
meret.grob@gruene-sg.ch



OSTGRÜN NR. 2/2025

Bulletin der GRÜNEN Ostschweiz
c/o GRÜNE Kanton St.Gallen
Postfach, 9001 St.Gallen

Juni 2025

Erscheint 3mal jährlich

Auflage: 1950 Exemplare

Redaktion: Daniel Bosshard (SG), Kurt Egger (TG), Regula N. Keller (GL), Leana Meier (GR), Roland Müller (SH)

Autor*innen: Daniel Bosshard, Kurt Egger, Regula N. Keller, Anita Mazzetta, Roland Müller, Franziska Ryser, Mathias Zopfi, Michael Töngi

Gestaltung: Mischa Herzog

Titelbild: zVg

Porträtfotos: S. 4 Patrick Itten,
S. 5 Béatrice Devènes, S. 6 zVg

Druck: Cavelti AG, Gossau



Bild: zvg

INDIVIDUALBESTEUERUNG: FORTSCHRITT FÜR GERECHTIGKEIT

Ob man verheiratet ist oder nicht, hat heute einen Einfluss auf die Steuerrechnung. Dies soll mit der Individualbesteuerung geändert werden. Eine Lösung, die fair und gerecht ist – und die Gleichberechtigung endlich auch im Steuersystem einführt.

Schon seit Jahrzehnten diskutiert die Politik über eine neue Ehepaarbesteuerung – mit dem Ziel, das Steuersystem an die modernen, gleichberechtigten Lebensmodelle anzupassen. Jetzt liegt endlich ein überzeugendes Projekt vor, das im Nationalrat deutlich und im Ständerat knapp eine Mehrheit gefunden hat. Die Mitte und die SVP hingegen wollen eine Besteuerung, die das alte Rollenbild zementiert. Ein Referendum ist wahrscheinlich. Dabei leben nur noch 2.5 Prozent der Familien das «Einernährermodell». Eine Modernisierung des Steuersystems ist überfällig. Die GRÜNEN haben das neue Modell mitgeprägt.

Warum die GRÜNEN die Individualbesteuerung unterstützen

1. Schluss mit der Heiratsstrafe

Anders als die Initiative der Mitte schafft die Individualbesteuerung die Benachteiligung verheirateter Paare effektiv ab – ohne dabei neue Ungerechtigkeiten für Konkubinatspaare einzuführen. Die Besteuerung wird zivilstandsneutral und für alle gleich.

2. Gleiche Regeln für alle Einkommen

Heute zahlen Doppelverdienende oft mehr Steuern, weil das zweite Einkommen stärker belastet wird. Künftig wird jeder Lohn gleich besteuert – unabhängig vom Einkommen der Partnerin oder des Partners.

3. Frauen finanziell unabhängiger machen

Die Reform setzt positive Beschäftigungsanreize: Bis zu 60'000 zusätzliche Vollzeitstellen werden erwartet – vor allem von Müttern, die wieder früher einsteigen oder ihr Pensum erhöhen. Eine echte Antwort auf den Fachkräftemangel.

4. Stärkung der ökonomischen Souveränität

Ehefrauen verschwinden künftig nicht mehr in den Steuererklärungen, sondern werden als eigenständige Steuerpflichtige anerkannt. Eine eigene Steuererklärung auszufüllen stärkt zudem die Finanzkompetenz.

Kein Kompromiss ist perfekt: Auf der grünen Wiese hätten die GRÜNEN eine Ausgestaltung mit geringeren Steuerausfällen gewählt. Doch die jetzigen Kosten sind vertretbar – als Investition in den Arbeitsmarkt und in die ökonomische Selbstbestimmung der Frauen.

Was den GRÜNEN gelungen ist, passiert im Bundeshaus nur noch selten: Ein echter Kompromiss, getragen von allen progressiv-liberalen Kräften von FDP über GLP bis zu den GRÜNEN und der SP. Damit ist ein echter Fortschritt möglich.

Zivilstandsneutral, gerecht, gleichstellungsfördernd: Kein anderes Modell bringt all diese Vorteile mit – schon gar nicht jenes der Mitte.

Die GRÜNEN sind bereit, ein weiteres Kapitel in der Gleichstellungs-Geschichte der Schweiz zu schreiben. Und es, wenn nötig, an der Urne zu verteidigen.



Franziska Ryser
Nationalrätin GRÜNE SG



Bild: Adobe Stock

EIN SPARPAKET MIT SCHWERWIEGENDEN FOLGEN

Bald beginnt der Ständerat mit der Beratung des Entlastungspakets 27. Es wird nötig sein, dass sich die GRÜNEN mit voller Kraft gegen klimaschädliche und unsoziale Kürzungen einsetzen. Ansonsten droht ein umwelt- und sozialpolitischer Rückschritt.

Der haushälterische Umgang mit öffentlichen Mitteln ist wichtig. Es ist unvermeidlich, dass der Staat von Zeit zu Zeit seine Ausgaben prüft, wenn strukturelle Defizite drohen. Doch sparen ist nicht einfach. Es trifft nicht zu, dass der Staat unnötig oder sinnlos Geld verteilt. Im Gegenteil: viele Staatsausgaben sind höchst wirkungsvoll. Die Behauptung, die Politik gebe unbedarft Geld aus, weshalb Fachleute den Bundeshaushalt dann und wann zurückstutzen müssen, blendet aus, dass auch Sparvorlagen politisch sind. Schliesslich bestimmt die Politik, wo schmerzhaft Einschnitte gemacht werden und wo geschont wird.

Bundesrat gefährdet Klimaziele

Bei den Mehrheiten im Bundesrat verwundert es deshalb nicht, dass insbesondere in den Bereichen Umwelt und Bildung sowie der sozialen Wohlfahrt massiv gespart werden soll. Die Bundesämter für Umwelt (BAFU) und für Energie (BFE) haben darauf hingewiesen, dass mit den Kürzungen im Umweltbereich die Erreichung der Klimaziele akut gefährdet sei. Das höchst erfolgreiche Gebäudeprogramm wird gestoppt, obwohl der Gebäudesektor für rund 25 Prozent der Treibhausga-

semmissionen verantwortlich ist. Die bisherigen Erfolge sind gefährdet. Ich stimme zwar zu, dass die Ziele teilweise günstiger zu erreichen wären. Aber die politische Bereitschaft für wirksame Verbote oder Lenkungsabgaben fehlt.

Umlagerung auf die Gemeinden und Kantone

Die Biodiversitätsförderung über den zusammengestrichenen Kredit für Natur und Landschaft wird unersetzbar gefährdet, die Beiträge an die Hochschulen genauso gekürzt wie die Ausgaben für den öffentlichen Verkehr. Nicht jeder Kanton wird in der Lage sein, dies mit eigenen Ausgaben zu kompensieren. Die Folge sind Abbau des Angebots oder der Qualität. Ganze 15 Prozent des Sparpakets macht die Kürzung der Globalpauschale an die Asylsozialhilfe aus. So stehen weniger Zeit und Geld für die Integration zur Verfügung und die Kosten werden auch hier auf Kantone und Gemeinden umgelagert. So spart man nicht.

Das Sparpaket ist insbesondere wegen

den geplanten höheren Rüstungsausgaben notwendig. Ich persönlich unterstütze die Erhöhung in einem gewissen Umfang. Die Grüne Fraktion war mehrheitlich dagegen. So oder so ist es aber illusorisch, die zusätzliche teu-

«Ich glaube nicht, dass die Bevölkerung Verständnis dafür hat, wenn Bahn- und Buslinien gestrichen werden.»

re Finanzierung der Armee ohne Mehreinnahmen oder temporäre Verschuldung stemmen zu wollen. Ich glaube nicht, dass die Bevölkerung Verständnis dafür hat, wenn dafür Bahn- und Buslinien gestrichen werden, Beiträge an Sanierungen ausbleiben und die Gemeinden Sparpakete schnüren, deren Folgen wieder die Bevölkerung spürt. Die GRÜNEN werden sich deshalb gegen das schädliche und unsoziale Sparpaket wehren.



Mathias Zopfi
Ständerat GRÜNE GL



Bild: Adobe Stock

FÜR STARKE MEDIEN – NEIN ZUR SRG HALBIERUNG

Die Rechtsbürgerlichen wollen die SRG zusammenstauchen. Die Kürzungen würden rundum treffen – unsere Viersprachigkeit, die Kultur, das Filmschaffen und alle, die sich über Politik informieren wollen. Aber auch für die privaten Medien bringt eine geschwächte SRG nur Nachteile.

Mit der Halbierungsinitiative wollen SVP und Teile der FDP die SRG massiv verkleinern. Die Initiative würde der SRG rund die Hälfte der Mittel entziehen. Will sie weiterhin in vier Sprachen senden, so würde das bei den Inhalten mehr als eine Halbierung bedeuten. Das ist ganz im Sinne der Initianten: Sie wollen eine SRG, die nur noch das macht, was private Medien nicht bringen. Also keine Sendungen mehr, die ein grösseres Publikum ansprechen, keine Unterhaltung, kein Sport und auch grössere politische Inhalte wären nicht mehr gefragt. Übrig bliebe genau das, was der SRG schon heute von diesen Kreisen vorgeworfen wird, ein Sender, der für ein kleines Publikum Wissenschaftssendungen oder spezielle Literaturprogramme sendet.

SRG Kürzungen haben Programm

Vordergründig geht es den Initianten darum, den privaten Medien wieder mehr Platz zu geben. Doch diese profitieren nicht von einem Rückzug der SRG. Die Vorstellung ist falsch, dass Menschen wieder eine Zeitung abonnieren würden, nur weil die SRG weniger Texte oder Sendungen publiziert. Im Gegenteil: Wo es noch gute und verschiedene Medienangebote gibt, wird auch mehr davon gelesen, gehört und geschaut. Die Initianten

sind auch nicht bereit, die privaten Medien zu stützen. Sie sabotieren jeden neuen Anlauf für eine Medienförderung. Lieber überlassen sie die Zeitungen dem schnelleren oder langsameren Tod und setzen auf Gratisblätter und auf die sozialen Medien.

Und es sind nochmals die gleichen Kreise, die sich dagegen wehren, dass wir Regeln für die soziale Medien definieren. Verschiedene Plattformen sind ein wahres Tummelfeld an Hassbotschaften, Falschnachrichten und sind in den Händen einiger weniger Männer, die den Algorithmus ändern, sobald Donald Trump hustet. Was einmal naiv als Ort der Selbstmitteilung begann, ist zu einem Ort der Manipulation von Wahlen und Meinungen verkommen.

Klares Zeichen setzen

Mit einem klaren Nein zur SRG Halbierungsinitiative setzen wir ein starkes Zeichen gegen den Abbau der Medienvielfalt und gegen Desinformation. Das wird aber nur eine Atempause sein: Wir brauchen eine neue Medienförderung, damit wir in allen Regionen unseres Landes eine SRG und private Medien haben, die uns informieren. Wir brauchen gleichzeitig endlich eine

Regulierung dieser Plattformen. Ja, mit Bundesrat Albert Rösti haben wir in diesen Fragen keinen Verbündeten. Er hat uns eingebrockt, dass die SRG so oder so einen Abbau durchführen muss. Umso wichtiger ist ein deutliches NEIN. Die Initiative ist vom National- und Ständerat im Juni 2025 mit deutlicher Mehrheit abgelehnt worden. Ende 2025 oder anfangs 2026 kommt es zur Volksabstimmung.



Michael Töngi
Nationalrat GRÜNE LU

ABRISS DER SRG-CHRONIK

1931 bis 1938

Gründung und Ausbau des nationalen Rundfunks

1939 bis 1945

Staatliche Programmaufsicht während der Kriegszeit

1945 bis 1960

Programmausbau und technischer Fortschritt

1983 bis heute

Digitalisierung und Programmausbau



Bild: KI-generiert

VERKAUFSVERBOT

JETZT DURCHSETZEN

Obwohl der gesetzliche Höchstwert überschritten wird, erlaubt der Kanton St.Gallen weiterhin den Verkauf von PFAS-Fleisch. Trotz deutlicher Kritik des Bundes hält die Regierung an ihrer fragwürdigen Auslegung der Übergangsfrist fest. Die GRÜNEN fordern ein sofortiges Verkaufsverbot.

DBO. In der Schweiz gelten seit dem 1. August 2024 Höchstwerte für PFAS in Lebensmitteln. Trotzdem erlaubt der Kanton St.Gallen weiterhin den Verkauf von Rindfleisch, das diese Grenzwerte überschreitet. Die GRÜNEN haben diesen Missstand bereits im vergangenen Dezember im Kantonsrat und in einer Medienmitteilung öffentlich gemacht. Doch die Warnung blieb in den Medien unbeachtet. Erst ein halbes Jahr später griff die «NZZ am Sonntag» das Thema auf und löste damit eine nationale Debatte aus.

Fragwürdige Auslegung der Übergangsbestimmung

Gemäss Übergangsbestimmung des Bundes dürfen Lebensmittel, welche die PFAS-Höchstwerte überschreiten, seit dem 1. August 2024 nur noch bis zum Abbau der Bestände verkauft werden. Der Kanton St.Gallen legt diese Regelung so aus, dass auch Tiere, die zwar vor dieser Frist geboren wurden, aber erst danach geschlachtet werden, unter das alte Recht fallen. Dies widerspricht klar dem Lebensmittelgesetz, wonach lebende Tiere explizit nicht als Lebensmittel gelten.

«Lebende Tiere sind keine Lebensmittel.»

Bund kritisierte Regierung bereits früh
Auf Nachfrage der GRÜNEN beim zuständigen Bundesamt wurde diese rechtswidrige Auslegung der Übergangsbestimmung bereits kurz nach Fristablauf gegenüber dem damaligen Kantonschemiker

kritisiert. Da der Kanton nicht einlenkte, folgte am 18. Dezember 2024 eine schriftliche Mitteilung des Bundesamts an die St.Galler Regierung. Auch diese deutliche Kritik des Bundes blieb unbeachtet. Der zuständige Regierungsrat beruft sich bis heute auf eine mündliche Aussage des Vizedirektors des Bundesamts, wonach der kantonale Umgang mit PFAS-belastetem Fleisch begrüsst worden sei. Für die GRÜNEN ist es rechtsstaatlich fragwürdig, mündliche Aussagen über geltendes Bundesrecht zu stellen.

Politischer Druck erhöhen

Um den rechtskonformen Vollzug endlich durchzusetzen, haben die GRÜNEN mehrere Vorstösse im Kantonsrat eingereicht und eine Petition lanciert (siehe Kasten rechts). Hauptforderung ist ein Verkaufsverbot für Fleisch, das den PFAS-Höchstwert überschreitet. Während der Kanton im Eiltempo finanzielle Unterstützung für die betroffenen Land-

wirtschaftsbetriebe bereitstellte, blieb der Schutz der Gesundheit der Bevölkerung auf der Strecke.

ONLINE-PETITION

Sofortiger Schutz vor PFAS-Fleisch!

Im Kanton St.Gallen gelangt nach wie vor PFAS-belastetes Fleisch in den Verkauf, obwohl die gesetzlichen Grenzwerte überschritten sind. Das verstösst gegen geltendes Lebensmittelrecht und stellt ein beträchtliches Gesundheitsrisiko für die Konsument*innen dar.

Da die Regierung des Kantons St.Gallen weiterhin sich weigert, ein Verkaufsverbot von PFAS-Fleisch auszusprechen, haben die GRÜNEN eine Online-Petition mit verschiedenen Forderungen lanciert.

Forderungen an die St.Galler Regierung:

- Sofortiger Verkaufsstopp für PFAS-belastetes Fleisch, sobald die Grenzwerte überschritten sind.
- Pflicht zur PFAS-Testung für alle Tiere aus dem Risikogebiet, unabhängig vom Ort der Schlachtung.
- Transparente Information der Bevölkerung über das Ausmass der Belastung und über mögliche Gesundheitsrisiken.
- Überkantonale Zusammenarbeit im Umgang mit PFAS, solange kein nationaler Aktionsplan vorliegt.

Unterschreibe die Petition unter:

<https://gruene-sg.ch/petition-pfas/>



Bild: zvg

LUXUSSTRASSE

STATT VERKEHRSWENDE?

Ein breit abgestütztes Komitee aus Parteien und Verbänden ergreift das Referendum gegen die teure Luxusstrasse von der Autobahn zum See in Goldach und Rorschach. Die unnötige Megastrasse ist aus der Zeit gefallen und führt zu mehr Verkehr.

DBO. Nur gut zwei Kilometer von der bestehenden Autobahnverzweigung Meggenhus entfernt, plant der Kanton St. Gallen einen neuen Autobahnanschluss («Witen») sowie eine Kantonsstrasse hin zum See. Diese Megastrasse schafft zusätzliche Strassenkapazitäten in den Gemeinden Goldach und Rorschach, löst aber keine Verkehrsprobleme. Sie zieht mehr Autofahrer*innen an und leitet den Verkehr neu durch dicht bewohnte Quartiere. So kommen noch mehr lärmige Autos in die Stadt, obwohl die Bevölkerung dort schon heute unter dem Lärm der Autoposer leidet.

Aus der Zeit gefallen

Nach dem wegweisenden Entscheid des Schweizer Stimmvolkes gegen den weiteren Ausbau der Autobahnen vom 24. November 2024 ist eine neue Verkehrspolitik angesagt.

Noch mehr versiegelte Strassen und damit noch mehr Verkehr, Lärm, Abgase, Landverschleiss, Pneuabrieb und Gesundheitskosten sind nicht zeitgemäss und ökologisch unsinnig. In 9 von 10 Autos sitzt nur eine Person. Für diesen immensen Platz- und Energieverschleiss soll nicht noch mehr Land und Steuergeld geopfert werden.

Zerstörung von Kulturland

Die neue Kantonsstrasse zerstört wertvolles Kulturland. Das Projekt beansprucht mehrere Tausend Quadratmeter Landwirtschaftsfläche, darunter rund 2'400 m² besonders schützenswerte Fruchtfelder. Damit widerspricht es den Zielen der Raumplanung und fördert die fortschreitende Zersiedelung im Bodenseeraum – auf Kosten von Natur und Landwirtschaft. In einer Zeit der sehr unsicheren Weltlage, in der gerade auch von bürgerlicher und landwirtschaftlicher Seite immer wieder auf die Bedeutung der Versorgungssicherheit hingewiesen wird, darf nicht weiterhin produktives Landwirtschaftsland für ein unnötiges Strassenprojekt geopfert werden.

Luxusstrasse zum Rekordpreis

Das geplante Projekt kostet insgesamt rund 330 Millionen Franken für gut 2.2 Kilometer Strasse, das sind 150'000 Franken pro Meter. Zum Vergleich: Die Umfahrung Bütschwil kostete etwa 200 Millionen Franken für rund vier Kilometer, also rund 50'000 Franken pro Meter. Im Verhältnis zur Länge ist die Kan-

tonsstrasse zum See mit dem Anschluss Witen somit rund dreimal so teuer wie das bisher teuerste kantonale Strassenprojekt. Ein Luxusprojekt, das die Staatsfinanzen belastet, ohne die Verkehrsprobleme nachhaltig zu lösen.

«Die unnötige Megastrasse ist aus der Zeit gefallen und führt zu mehr Verkehr.»

Stimmvolk soll entscheiden

Die GRÜNEN ergreifen zusammen mit weiteren Parteien (Junge Grüne, SP, JUSO) und Verbänden (VCS, umverkehr, ProVelo, Fussverkehr, WWF, Pro Natura) das Referendum gegen die Megastrasse zum See. Damit das Referendum zu Stande kommt, müssen innert 40 Tagen mindestens 4'000 Unterschriften gesammelt werden. Das Stimmvolk würde voraussichtlich Ende 2025 oder Anfang 2026 über den entsprechenden Kredit abstimmen. Bei einem NEIN wird auch der Autobahnanschluss «Witen» hinfällig.





links: Markus Mauchle (Bild:Patrick)
rechts: Guido Wick (Bild:zVg)

ZWEI GRÜNE BLICKEN ZURÜCK

Guido Wick und Markus Mauchle prägten die GRÜNEN im Kanton St.Gallen über Jahrzehnte. Nun haben sie ihre politischen Ämter abgegeben. Im Interview blicken sie zurück – und erklären, warum ihr Abschied kein Ausstieg ist.

Was hat Euch über 30 Jahre lang motiviert, politisch aktiv zu bleiben?

Guido: Manche Menschen begeistern sich ein Leben lang für Fussball und schauen jedes Spiel «ihres Vereins» – bei mir ist es die Politik. Im Gegensatz zum Fussball kann ich mir jedoch nicht vorstellen, mein Interesse nur passiv auszuleben. Ich wollte immer aktiv mitgestalten.

Markus: Beim Gedanken, aufzuhören, stellte ich mir immer vor, wie sehr ich mich täglich ärgern würde über die vielen Fehlentscheide in der Politik. Und wie sehr ich es bereuen würde, bei einer erfolgreichen Aktion nicht dabei gewesen zu sein.

Wie haben sich die GRÜNEN in diesen Jahrzehnten verändert?

Markus: Die GRÜNEN haben heute viel professionellere Strukturen und Abläufe als vor 30 Jahren. Wesentlich verändert hat sich auch die Wahrnehmung der GRÜNEN von aussen. Wir werden heute von einem viel grösseren Teil der Bevölkerung ernst genommen und respektiert.

Guido: Die Partei ist gewachsen, anerkannter geworden und hat sich professi-

onalisiert. Früher waren wir oft frecher und unserer Zeit voraus, heute sind wir breit aufgestellt und werden als ernstzunehmende politische Kraft wahrgenommen.

Was war der prägendste Moment in eurer Zeit bei den GRÜNEN?

Guido: Es gab nicht den einen, alles überstrahlenden Moment. Vielmehr sind es die vielen kleinen und grossen Erlebnisse, die mich geprägt haben – von Rückschlägen und Frustrationen bis hin zu Erfolgen und freudigen Überraschungen. Dazu zählen die überwiesene Resolution zum Klimanotstand oder die Abwahl von Dr. Christoph Blocher.

Markus: Es war eher eine Zeitspanne als ein Moment, nämlich von 1991 bis 1995. 1991 gewann Pia Hollenstein den ersten grünen Sitz für den Kanton St.Gallen im Nationalrat. Die grüne Fraktion in Bern war mit 14 Mitgliedern plötzlich eine ernstzunehmende Stimme. Vier Jahre später, nach der EWR-Abstimmung und den darauf folgenden wirtschaftlich schwierigen Jahren, kam der Absturz. Dieses Auf und Ab wiederholte sich immer wieder, wobei das Auf immer etwas grösser war als das Ab.

Ist Euch der «Ausstieg» schwergefallen oder war es auch eine gewisse Erleichterung?

Markus: Nein, das ist mir nicht schwergefallen. Ich geniesse es, durch meinen Rücktritt aus dem städtischen Vorstand weniger Verpflichtungen und etwas mehr freie Zeit habe. Ich sehe das nicht als «Ausstieg», sondern als Schritt von der zweiten Reihe etwas weiter nach hinten. Bei Aktionen der GRÜNEN werde ich weiterhin dabei sein.

Guido: Die Abwahl aus dem Stadtparlament war im ersten Moment natürlich enttäuschend. Doch schon bald habe ich die positiven Seiten erkannt: mehr Zeit für andere Projekte, neue Perspektiven und die Möglichkeit, politisches Engagement auf andere Weise fortzusetzen. Von einem wirklichen Ausstieg kann bei mir ohnehin keine Rede sein – Politik bleibt ein wichtiger Teil meines Lebens.

Die GRÜNEN bedanken sich bei Guido Wick und Markus Mauchle für ihr langjähriges Engagement!



Bild: Joshua Samarickrama

DANKE FREDIE – VIEL ERFOLG SVEN

Der junggrüne Frederick Hefti tritt aus dem Glarner Landrat zurück. Auf ihn folgt der junggrüne Sven Keller. Fredie hinterlässt trotz seiner kurzen Amtszeit bereits grosse Fussstapfen, die Sven mit offener Naivität ausfüllen möchte. Auf jeden Fall gestalten die Jungen Grünen aktiv den Landrat.

Frederick Hefti geht

Es war für mich ein grosses Privileg, als Landrat Politik machen zu dürfen. In einem konservativen Kanton ist es eine Herausforderung, konsequent links-grüne Politik zu betreiben und dabei realpolitische und pragmatische Resultate zu erzielen.

Die Mehrheiten im Kantonsrat und die finanzielle Lage stehen grossen Veränderungen im Weg. Umso schöner war es aber, wenn es gelang, ein Vorhaben durchzubringen. Ich denke an meine Motion über häusliche Gewalt, die ohne grossen Gegenwind angenommen wurde und die Situation für Betroffene erheblich verbessert hat oder die Einführung des Halbstundentaktes, die uns gelang.

Ich schaue positiv auf diese Zeit zurück. Wir haben viel erreicht und einen wichtigen Beitrag geleistet. Trotzdem muss ich einige pessimistische Erkenntnisse teilen. Meines Erachtens liegt es nicht nur an den Mehrheitsverhältnissen, warum keine adäquaten Mass-

«Die Mehrheiten im Kantonsrat und die finanzielle Lage stehen grossen Veränderungen im Weg.»

nahmen für die Klimakatastrophe getroffen werden. Das Problem ist, dass der Staat nicht neutral ist, sondern

Bedingungen für Wachstum schaffen muss, da dies vom Kapitalismus zwanghaft vorausgesetzt wird. Über allem steht das Kapital. Es ist innerhalb des Systems nicht möglich, Forderungen zu platzieren, die Wachstum in Frage stellen. Genau hier braucht es jemanden wie Sven, der diese notwendigen Forderungen trotzdem konsequent stellt.

Sven möchte Utopist bleiben

Fredies Abschied aus dem Landrat hat für mich zwei Seiten. Wir verlieren mit Fredie einen pflichtbewussten Landrat, der in seiner kurzen Amtszeit viele konkrete Verbesserungen für das Glarnerland erwirkt hat. Seine pragmatische Zusammenarbeit mit dem Junggrünen Kaj und anderen Rats-

mitgliedern ist inspirierend. Auch weil ich ihn persönlich sehr schätze, bin ich traurig, dass er dieses Amt abgibt.

Für mich bringt sein Rückschritt aber auch eine riesige Vorfreude mit. Ende Juni werde ich vereidigt. Gerade gestern habe ich unsere Kantonsverfassung durchgearbeitet und überlegt, was in der Theorie alles möglich wäre. Unsere Verfassungen lesen sich in den Grundzügen wie ein links-grünes Manifest. Verursacherprinzip, soziale Wohlfahrt, Verantwortung gegenüber allen Menschen, volle Freiheit im sozialverträglichen Rahmen. Fast schon utopisch.

Ich bin für meine Naivität bekannt. Diese werde ich nicht ablegen, solange, bis wir unserer Verfassung entsprechend

Verantwortung für unser Handeln übernehmen. Ich freue mich, meine Naivität in den Landrat zu tragen und für eine reale Utopie zu kämpfen.

Redaktion Regula N. Keller.

«Wir verlieren einen pflichtbewussten Landrat, der in seiner kurzen Amtszeit viele Verbesserungen erwirkt hat.»



Bild: Roland Müller

NEIN ZUR WEITEREN ASPHALTIERUNG

Die geplante Erweiterung der Kantonsstrasse zwischen Schaffhausen und Beggingen, insbesondere die Asphaltierung eines 2,2 km langen Abschnitts auf dem Randen – innerhalb des engeren Randenschutzbereiches – ist zu verhindern, denn sie wirft erhebliche ökologische und gesellschaftliche Bedenken auf.

RMU. Der Randen stellt ein bedeutendes Naturgebiet mit hoher Biodiversität dar. Die Asphaltierung würde zu einer irreversiblen Zerschneidung dieser sensiblen Lebensräume führen und dadurch die Welt der Kleinlebewesen erheblich beeinträchtigen. Zudem werden geschützte Trockenwiesen gefährdet. Dies widerspricht den Zielen des Naturschutzes und der Erhaltung biologischer Vielfalt.

Ökologischer Schaden

Die Versiegelung grosser Flächen führt zu einer Reduktion der natürlichen Versickerungsflächen, was die Grundwasserneubildung negativ beeinflusst. Schadstoffeinträge aus dem Strassenverkehr könnten die Wasserqualität beeinträchtigen und die lokale Vegetation schädigen, was langfristig ökologische Gleichgewichte stört. Die vollständige Asphaltierung und die damit verbundene Zunahme des Verkehrsaufkommens würden zu einer Steigerung der CO₂-Emissionen beitragen, was im Widerspruch zu den nationalen und internationalen Klimazielen steht. Zudem erhöht sich die Luftverschmutzung durch Schadstoffe und Lärm.

Grosse wirtschaftliche und verkehrspolitische Auswirkungen

Die Randenregion ist ein bedeutendes Naherholungsgebiet, das von Wandern, Radfahrern und Naturliebhabern genutzt wird. Die Asphaltierung würde die landschaftliche Attraktivität innerhalb eines BLN-Gebietes mindern. Die Attraktivitätssteigerung der Strasse führt zu einer Zunahme des Individualverkehrs und somit zu mehr motorisiertem Verkehr, Lärm, zu einem zusätzlichem Plastikeintrag durch Reifenabrieb. Es besteht eine potenzielle Gefährdung für Radfahrer und Wanderer.

Dies steht im Widerspruch zu den Zielen einer nachhaltigen Mobilitätspolitik, die auf die Reduktion des motorisierten Individualverkehrs und die Förderung umweltfreundlicher Alternativen und konkurriert den bestehenden öffentlichen Verkehrssystemen, wie der Linie 21. Die Asphaltierung widerspricht dem Versprechen des Regierungsrates. Der hatte den Galgenbuckeltunnel unter anderem mit einer besseren Anbindung der Randgemeinden an Schaffhausen begründet.

«Der integrale Erhalt des wertvollen Naturraums ist essentiell für die ökologische Stabilität.»

Die GRÜNEN sagen NEIN

Die geplante Asphaltierung stellt einen erheblichen Eingriff in die Natur dar, der langfristig ökologische, klimatische und gesellschaftliche Belastungen nach sich zieht. Statt auf den Ausbau motorisierter Infrastruktur zu setzen, sollten nachhaltige Alternativen wie der Ausbau von Radwegen, die Förderung des öffentlichen Nahverkehrs sowie der Schutz und die Renaturierung des Naturgebiets Priorität haben. Der integrale Erhalt des wertvollen Naturraums und des Landschaftsbildes ist essenziell für die ökologische Stabilität, den Klimaschutz und die Lebensqualität der Bevölkerung.



Bild: GRÜNE Graubünden

DER GREEN DEAL II:

JETZT GEHT'S RICHTIG LOS

Der Grosse Rat gibt grünes Licht für die zweite und entscheidende Etappe des Green Deals. Das neue Klima- und Innovationsgesetz soll am 1. Januar 2026 in Kraft treten – ein wichtiger Schritt Richtung Klimaschutz und Ausstieg aus den fossilen Energien.

AMA. Der Umstieg auf erneuerbare Energien kommt bisher zu langsam voran. Das neue Klima- und Innovationsgesetz soll das ändern. Mit gezielten Fördergeldern will der Kanton Graubünden den fossilen Ausstieg beschleunigen. Wer Gebäude energetisch saniert und die fossile Heizung ersetzt, in E-Busse und fossilfreien Güterverkehr investiert, soll zusätzlich zu den bisherigen Beiträgen von einem Green-Deal-Bonus profitieren.

Neu werden auch E-Ladestationen, flächenoptimierte PV-Anlagen an Gebäuden, Wärme-/Kältenetze, Kreislaufwirtschaft, Negativemissionstechnologien und innovative Klimatechnologien finanziell unterstützt. Und das Projekt klimaneutrale Landwirtschaft wird weiterhin gefördert. Der Kanton selber will bis 2040 klimaneutral sein und die Gemeinden dazu anhalten.

Graubünden treibt die Energiewende mit Sonne voran

Die GRÜNEN haben sich besonders für die Photovoltaik-Anlagen an Gebäuden eingesetzt, die mehr Strom produzieren als für den Eigenbedarf nötig ist. Trotz Widerstand der Wasserkraft-Lobby, die vor Stromüberschüssen, Netz-

überlastung und Negativpreisen warnte, setzte sich die Förderung der flächenoptimierten PV-Anlagen durch. Bereits seit längerem gefördert werden winterstromoptimierte PV-Anlagen. Graubünden setzt damit klar auf Solar-energie.

Nicht alles ist gelungen: Keinen Green-Deal-Bonus gibt es für Massnahmen, die den Umstieg auf Velo und ÖV fördern. Auch für Moor-Revitalisierungen – wichtige CO₂-Speicher – gibt es keinen Green-Deal-Bonus. Verbote und Abgaben, die fürs Netto-Null-Ziel 2050 nötig wären, haben politisch ebenfalls keine Chance. Der Erfolg des Green Deals hängt also stark von der Bereitschaft von Wirtschaft und Bevölkerung ab, die dank den Fördergeldern in den Ausstieg investieren.

Green Deal: clever finanziert

Für die Umsetzung des Green Deals schafft der Kanton eine Spezialfinanzierung – ein erprobtes Mittel für Generationenprojekte und für verursachergerechte Finanzierungen. Geld kommt von der leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe (LSVA), aus Reserven, Nationalbankgewinnen und Beiträgen aus dem Ressourcenausgleich.

So sollen bis 2050 rund eine Milliarde Franken für die 28 Massnahmen des Green Deals bereitstehen.

Noch könnte ein Referendum den Green Deal stoppen. Doch eine Volksabstimmung sehen die GRÜNEN gelassen – denn vom Green Deal profitieren nicht nur Umwelt und Klima, sondern auch die Wirtschaft und Bevölkerung.

PETITION:

TRINKWASSER SCHÜTZEN

Aus der ehemaligen «Rusna da furns» der Ems-Chemie AG gelangen giftige Stoffe ins Grundwasser und bedrohen das Trinkwasser. Doch das kantonale Amt für Natur und Umwelt hat nur eine Überwachung verfügt. Mit einer Petition fordern die GRÜNEN Graubünden: Unser Trinkwasser muss geschützt und die Deponie endlich saniert werden. Innert weniger Tage kamen mehr als 1700 Unterschriften zusammen, die dem zuständigen Departement überreicht wurden. Das Trinkwasser in Domat/Ems ist mit Trichlorethen belastet, das als krebserregend gilt.



Bild: IG Lebendige Thur

PROJEKT THUR3:

DIE THUR BRAUCHT MEHR RAUM

Thur3 nimmt Fahrt auf. Erste Umsetzungen dieses Jahrhundertprojektes beginnen dieses Jahr im Abschnitt Murgmündung bis Weinfelden. Die Umweltverbände, zusammengeschlossen in der IG Lebendige Thur, begleiten das Projekt kritisch und fordern Verbesserungen.

KEG. Die Thur durchquert über 125 Kilometer als grosser Wildbach fünf Kantone, ohne dass ein See die abfließenden Wassermassen dämpft. Zum Schutz der Bevölkerung ist daher ein angemessener Hochwasserschutz nötig. Doch heute wissen wir, dass

die Verbauung und Kanalisierung der Thur vor über hundert Jahren zu weit gegangen sind. Der korrigierte Fluss hat fast auf seinem ganzen Lauf zu wenig Raum, um selbst neue, ökologisch dringend nötige Strukturen schaffen zu können und um ein wirklich grosses Hochwasser möglichst schadlos ableiten zu können. Aus dem Miteinander von Menschen und Fluss ist ein Kampf Mensch gegen Fluss geworden.

Charta für die Zusammenarbeit

Die dritte Thurkorrektur mit dem Namen Thur3 ist auf eine Zeitdauer von drei Jahrzehnten ausgelegt. Der Grosse Rat des Kantons Thurgau hat das Konzept im Jahre 2022 zustimmend zur Kenntnis genommen. In diesem Frühjahr startete der Mitwirkungsprozess. Mehr als 70 Organisationen, darunter auch die GRÜNEN Thurgau,

haben die Charta für eine konstruktive Zusammenarbeit und zur gemeinsamen Lösungssuche unterzeichnet. Als strategisches Führungsgremium ist der

Thur-Rat mit den wichtigsten Interessenvertreter*innen geschaffen worden. Für die breite Mitwirkung

gibt es die Thur-Konferenz.

Die Umweltverbände koordinieren sich in der IG Lebendige Thur. Sie ist auch im Thur-Rat vertreten. Die IG begrüsst die Initiative des Kantons, die Thur umfassend aufzuwerten. Das ist aus Sicht Hochwasserschutz aber eben auch aus Sicht Ökologie dringend nötig. Die IG stützt die Ziele des Konzepts, befürchtet allerdings, dass diese mit den gewählten Massnahmen verfehlt werden.

Die Landfrage

Christian Hossli, Geschäftsführer der IG, sieht den grössten Knackpunkt in der Landfrage. «Die Thur braucht dringend mehr Raum» sagt Hossli. Und zwar aus mehreren Gründen: Hochwasserschutz, Ökologie, Grund-/Trinkwasser – da wird es Konflikte mit bestehenden anderen Nutzungen

geben. Entscheidend wird sein, dass der Gewässerraum genügend gross ausgeschieden wird, damit eben die verschiedenen Defizite behoben werden können.

Die IG versucht auf allen Ebenen Einfluss zu nehmen und die Umsetzung positiv zu beeinflussen, z.B. Über die Thur-Konferenz, den Thur-Rat oder letzten Endes – wenn nicht anders möglich – eben auch durch Rechtsmittel bei aufliegenden Projekten. Die IG bringt die Kritikpunkte seit langem vor und hat auch einige Verbesserungen erzielt.

«LEBENDIGE THUR»

Die Interessengemeinschaft «Lebendige Thur» koordiniert und vertritt die Interessen der Umweltschutzorganisationen, welche im Einzugsgebiet der Thur aktiv sind: Pro Natura TG/SG, WWF SG/AI/AR/TG, Aqua Viva, Bird-Life TG/SG, Fischereiverband TG/SG. Weitere Infos: www.lebendigethur.ch



Christian Hossli, Geschäftsführer IG Lebendige Thur



Bild: Adobe Stock

ABSTIMMUNGEN VOM 28. SEPTEMBER 2025

Am 28. September stehen zwei nationale Abstimmungen an. Das e-ID-Gesetz als Grundlage für die Einführung der elektronischen ID. Und wegen der Abschaffung des Eigenmietwertes sollen die Kantone die Möglichkeit erhalten, eine Objektsteuer einzuführen. In Thurgau wird über ein Ruhetagsgesetz abgestimmt.

Ja zum e-ID-Gesetz

Nach der Ablehnung einer Lösung im Jahr 2021 wird der neue elektronische Identitätsausweis ausschliesslich vom Bund ausgestellt und betrieben. Er basiert auf dem Prinzip der «Self-Sovereign Identity», bei dem die Nutzenden die volle Kontrolle über ihre Daten behalten. Die Daten werden dezentral und sicher auf dem eigenen Smartphone gespeichert, nicht in einer zentralen Datenbank des Staates.

Das Gesetz garantiert zudem Datensparsamkeit: Bei einer Abfrage werden nur die zwingend notwendigen Informationen geteilt (z. B. die Bestätigung «über 18» statt des Geburtsdatums). Die Nutzung der e-ID ist für alle kostenlos und freiwillig; die physische Identitätskarte und der Pass bleiben uneingeschränkt gültig. Die GRÜNEN haben aktiv an der Erarbeitung der neuen e-ID mitgearbeitet.

Ja zu Liegenschaftssteuern auf Zweitliegenschaften

Ende 2024 beschlossen die eidgenössischen Räte, dass der Eigenmietwert von selbstbewohnten Erst- und Zweitliegenschaften abgeschafft wird, ebenso viele Abzugsmöglichkeiten

wie Hypothekarzinsen. Insbesondere für Bergkantone mit vielen Zweitwohnungen entstehen beträchtliche Steuerausfälle. Die Kantone sollen nun die Möglichkeit erhalten, die entstehenden Mindereinnahmen mit einer Objektsteuer auf Zweitliegenschaften zu kompensieren. Dies bedingt eine Verfassungsänderung und deshalb eine Volksabstimmung.

Die GRÜNEN unterstützen die Vorlage. Damit sollen einerseits allfällige Einnahmeausfälle für Tourismus- und Bergkantone kompensiert werden. Andererseits könnten diese höheren Liegenschaftssteuern dazu beitragen, die Zahl der «kalten Betten» sowie den Druck zum Bau neuer Zweitwohnungen zu reduzieren.

Thurgau: JA für ein zeitgemässes Ruhetagsgesetz

Das Thurgauer Ruhetagsgesetz bringt eine moderate Lockerung des Veranstaltungsverbots an hohen Feiertagen. Die christlich geprägte Feiertagsruhe bleibt geschützt und die Zahl der hohen Feiertage bleibt gleich. Gleichzeitig sind künftig kleine Kultur- und Sportveranstaltungen in Innenräumen erlaubt. Die Gemeinden behalten die

Möglichkeit zur Bewilligung von weiteren Veranstaltungen – und können auch eingreifen, wenn Veranstaltungen den Feiertagscharakter stören. Insbesondere lokale Veranstalter*innen und das Gewerbe gewinnen mehr Spielraum und werden gegenüber Nachbarkantonen gleichgestellt. Die GRÜNEN Thurgau unterstützen das Gesetz. Kantonsrätin Cornelia Hauser hat von Anfang an aktiv mitgearbeitet. Sie sagt: «Es ist endlich Zeit, dass wir das Gesetz aus dem Jahre 1990 dem gesellschaftlichen Wandel anpassen».

ABSTIMMUNGSEMPFEHLUNG

National

JA zum e-ID-Gesetz

JA zu Liegenschaftssteuern auf Zweitliegenschaften

Thurgau

JA zum Ruhetagsgesetz



Bild: GRÜNE Schaffhausen

NACHGEFRAGT BEI

LENA JAGUET UND GIANLUCA LOOSER

Lena Jaquet und Gianluca Looser sind als Co-Präsident:innen der GRÜNEN Kanton Schaffhausen gewählt worden. Roland Müller hat sie befragt.

Was hat euch persönlich motiviert, für das Co-Präsidium der GRÜNEN Schaffhausen zur Verfügung zu stellen?

Schaffhausen hat eine engagierte und lebendige politische Landschaft mit viel Potenzial. Die GRÜNEN sind unser politisches Zuhause. Die Menschen und Werte der Partei motivieren uns, diesen Weg zu gehen, um gemeinsam für unsere Anliegen zu kämpfen und die GRÜNEN voranzubringen.

Welche politischen und gesellschaftlichen Ziele möchtet ihr prioritär verfolgen – sowohl auf kantonaler als auch auf kommunaler Ebene?

Allem voran soll der Kanton sozial und ökologisch vorangebracht werden. Schaffhausen wird immer mehr zum Tiefsteuerkanton und zieht internationale Konzerne an. Diese müssen an strikte Vorgaben gebunden werden, sowohl im Umwelt- als auch im Sozialbereich. Zudem muss das Leben wieder bezahlbarer werden – sei es im Gesundheitswesen, beim Wohnraum oder bei alltäglichen Ausgaben. Und auch beim Klimaschutz, der Biodiversität und Verkehr gibt es viel Handlungsbedarf.

Wie möchtet ihr den Umwelt- und Klimaschutz ganz konkret in Schaffhausen voranbringen und mit sozialen Anliegen wie bezahlbarem Wohnraum oder fairen Arbeitsbedingungen verbinden?

Schaffhausen muss seine Klimastrategie ausweiten, seine Solarausbauziele schneller erreichen und den Gasausstieg schaffen. Weiter braucht es eine Verkehrsstrategie, die ohne die zweite Fäsenstaubröhre auskommt und den ÖV sowie den Langsamverkehr fördert. Soziale Investitionen, wie genossenschaftliches Wohnen, höhere Prämienverbilligungen, ein gutes Gesundheitssystem und Mindestlöhne sind dafür nicht nur Hilfe sondern zwingende Voraussetzung.

Wie können die GRÜNEN in Schaffhausen wieder stärker werden und bei den nächsten Wahlen Sitze in den Parlamenten hinzugewinnen?

Wir müssen den gesellschaftlichen Mehrwert unserer Politik umso mehr aufzeigen und grüne Ideen wieder attraktiv machen. Gleichzeitig wollen wir auch schnell auf aktuelle Entwicklungen reagieren können. Wir wollen die Partei pointiert links und thematisch breiter aufstellen.

Wie möchtet ihr die grüne Basis, jüngere Generationen und engagierte Bürger*innen stärker einbinden, um gemeinsam Wirkung zu entfalten und das Vertrauen in Politik zu stärken?

Wir möchten partizipative Politikformen fördern und im ganzen Kanton Schaffhausen präsent sein und kommunizieren, wofür wir uns einsetzen. Zudem möchten wir Räume schaffen, wo sich unsere Mitglieder aktiv einsetzen und mitarbeiten können. Und vor allem müssen wir weiterhin unseren Grundwerten treu bleiben.

ZUR DEN PERSONEN

Lena Jaquet (29) ist in Schaffhausen geboren. Sie ist seit 2018 Mitglied der jungen Grünen Schaffhausen, wo sie für zwei Jahre als Co-Präsidentin agierte. 2024 sass Lena Jaquet für ein Jahr im grossen Stadtrat Schaffhausen. Ausserhalb der Politik arbeitet sie als Primarlehrerin im Kanton Zürich.

Gianluca Looser (22) ist in Schaffhausen geboren. Mit 15 Jahren ist er den Jungen Grünen beigetreten, deren Kantonssektion er zwischen 2019 und 2021 präsidiert hat. Seit 2021 sitzt er im Schaffhauser Kantonsrat und wurde letzten September wiedergewählt. Er studiert Politikwissenschaften und Geographie an der Universität Zürich und arbeitet als persönlicher Mitarbeiter für die Nationalrätin Katharina Prelicz-Huber.



JETZT

UNTERSCHREIBEN

Familien mit Neugeborenen brauchen endlich eine Elternzeit

Sie sollen endlich die nötige Zeit erhalten, um die Familie rund um ein Neugeborenes aufzubauen und mit weniger Stress zu organisieren.

Gleichberechtigte Verantwortung für beide Elternteile

Die gleich lange Verteilung der Elternzeit – je 18 Wochen – trägt dazu bei, dass wir endlich Gleichstellung in Familien und Arbeitswelt erreichen.

Mehr Frauen als Fachkräfte

Wir brauchen die zahlreichen weiblichen Fachkräfte unbedingt auf dem Arbeitsmarkt und Männer und Frauen gleichermassen zuhause.

Hier unterschreiben:

www.familien-zeit.ch/unterschreiben

OSTGRÜNE:

ANSCHLUSS FINDEN

Kantonalparteien

- GRÜNE Glarus
Ennetbühlerstr. 3
8755 Ennenda
www.gruene-gl.ch
sekretariat@gruene-gl.ch

- GRÜNE Graubünden
7000 Chur
079 901 83 23
www.gruene-gr.ch
info@gruene-gr.ch

- GRÜNE Schaffhausen
Brünigstrasse 7
8200 Schaffhausen
www.gruene-sh.ch
info@gruene-sh.ch

- GRÜNE St.Gallen
Postfach
9001 St.Gallen
071 244 00 58
www.gruene-sg.ch
sekretariat@gruene-sg.ch

SOFORTIGER SCHUTZ

VOR PFAS-FLEISCH

Senden wir dem Regierungsrat des Kantons St.Gallen ein Signal mit einer breit unterstützten Petition.

Die passive Haltung der Kantonsregierung in Bezug auf die medizinische Sicherheit der Bevölkerung können wir nicht gutheissen.

Die Hintergründe und Forderungen sind auf Seite 7 zu finden. Jetzt ist unsere ganze Gemeinschaft gefragt, auch ausserhalb des Kantons St.Gallen.

Hier unterschreiben:

<https://gruene-sg.ch/petition-pfas/>

- GRÜNE Thurgau
8570 Weinfelden
079 304 37 49
www.gruene-tg.ch
sekretariat@gruene-tg.ch

OSTGRÜN, Redaktion und Inserate

- Kurt Egger, Präsident GRÜNE TG
079 207 84 37
kurt.egger@gruene-tg.ch
- Daniel Bosshard, Präsident GRÜNE SG
079 846 63 98
daniel.bosshard@gruene-sg.ch

Redaktionsschluss Ausgabe 3/25
15.11.2025

AGENDA OSTGRÜN

Details siehe Webseiten Kantonalparteien.

Glarus

www.gruene-gl.ch

- Samstag, 23.8., 18 Uhr Gutes essen – Gutes tun (Soli-Znacht), ReVier, Hintere Villastrasse 4, Ennenda
- Donnerstag, 28.8., 19.30 Uhr Parolenfassung Eidgenössische Abstimmungen
- Samstag, 20.9., 9 bis 12 Uhr Rietpflege Schwanden
- Samstag, 27.9., Herbstanlass / Grillevent, GRÜNE Glarus Nord

Graubünden

www.gruene-gr.ch

- Samstag, 12.7., 8.30 bis 14 Uhr Unterschriften sammeln mit anschliessendem Lunch-Austausch, Chur
- Freitag, 1.8., 10 bis 15 Uhr Raclette Essen in Sagogn Plaun Pigniel, Gespräche zum Thema Heimat

Schaffhausen

www.gruene-sh.ch

- Mittwoch, 20.8. Mitgliederversammlung GRÜNE Schaffhausen
- Donnerstag, 23.10. Mitgliederversammlung GRÜNE Schaffhausen

St.Gallen

www.gruene-sg.ch

- Mittwoch, 27.8., 19 Uhr MV GRÜNE Kanton SG
- Samstag, 13.9., 8 Uhr Herbstmarkt Flawil
- Samstag, 25.10., 8.30 bis 11.30 Uhr Naturschutz zeinsatz im Kaltbrunner Riet, GRÜNE Linth/Uznach
- Montag, 3.11., Abendveranstaltung Mobilität, GRÜNE Wil-Land, Restaurant Rössli Flawil
- Mittwoch, 5.11., 19 Uhr MV GRÜNE Kanton SG

Thurgau

www.gruene-tg.ch

- Samstag, 16.8., 10 Uhr, MV GRÜNE Thurgau, Murg-Auen-Park, Frauenfeld
- Montag, 27.10., 19.15 Uhr, MV GRÜNE Thurgau, Kreuzlingen

National

www.gruene.ch

- Samstag, 23.8., DV GRÜNE Schweiz, Jura
- Sonntag, 19.9., PARK(ing) Day
- Sonntag, 28.9., Nationale Abstimmungen
- Sonntag, 18.10., DV GRÜNE Schweiz